

## Der Neubau des polnischen Staates. Die Zukunft Polens.

Aus Polen schreibt man uns:

Die Entwicklung der Dinge im Königreich Polen seit seiner Verkündigung vom 5. November 1916 hat anfänglich nach vielen Seiten enttäuscht. Möchte man den kühnen und hochherzigen Schritt der verbündeten Monarchen Deutschlands und Österreich-Ungarns billigen oder verwerfen, man erwartete nach allem, was man über Polen wußte, doch überall den Dank und die freudige Zustimmung des polnischen Volkes. Beides zeigt sich nur sehr bedingt. Fast sah es aus, als habe der Schein getrogen, als man in den jubelnden Kundgebungen nach dem Abzuge der Russen, in der freudigen Begrüßung des wiedererwachenden polnisch-nationalen und kulturellen Lebens die Freude über die Befreiung von dem angeblich so tief und schmerzhaft empfundenen russischen Joch zu erkennen geglaubt hatte. Einem kurzen, übrigens keineswegs allgemeinen Freudenrausch folgten sehr bald Bedenken, Zaghafigkeit, ja Ablehnung. Mißtrauen in die wahren Absichten der Verbündeten begann sich wieder zu regen, Besorgnis vor einem Wandel des Kriegsglücks, also der Rückkehr der Russen, auch wohl die stille Hoffnung auf die Wiederkehr der alten, zwar unwürdigen und wenig ehrenvollen, aber bequemen Zustände der zwischen Brutalität und Lässigkeit schwankenden russischen Herrschaft. Die Tat vom 5. November hatte das Gefühl der Unsicherheit nicht zu bannen vermocht; Polen stand ratlos vor dem großen Geschenk, das ihm, wahrlich ohne sein Zutun, in den Schoß gefallen war. Statt entschlossenen Eintretens für die seit einem Jahrhundert erhoffte und ersehnte Wendung der Dinge kühlte Zurückhaltung; statt mutigen Entschlusses zum Kampf für die zunächst durch das Blut anderer errungene Freiheit Ausflüchte und zaghaftes Verjagen der eignen Kraft. Wo waren die Männer, die diesem angeblich nach Freiheit sehenden Volk Führer sein wollten und konnten? Wo schlossen sich die Massen zusammen, um diesen Führern zu folgen? Nichts von alledem. Wohl bemühten sich einige Parteiführer, in dem Wirrwarr der Parteien neue, dem nationalen Gedanken geeignete Parteigruppierungen zu schaffen, aber nur mit mäßigem, örtlichem Erfolg; die überwiegende Mehrzahl des Volkes verharrte in der alten Parteizerküftung und in der Unklarheit und Unsicherheit über ihre eignen Wünsche und Ziele. Nur eins drängte sich allmählich mehr und mehr hervor: der Ruf nach einer „polnischen Regierung“.

Selbstverständlich konnte von dieser in dem bestehenden Kriegszustand zunächst keine Rede sein. Die gesetzmäßige Regierung des Landes bilden, auf Grund der Bestimmungen der Haager Konferenzen, nach wie vor die Okkupationsbehörden. Die Kundgebung vom 5. November stellte nur den selbständigen Staat in Aussicht und trat an seine Bildung heran. Erst mußte die Grundlage geschaffen werden, auf der er sich erheben sollte; hierzu wollten die verbündeten Regierungen von vornherein die Polen selbst mit heranziehen: so entstand der provisorische Staatsrat. In Anbetracht des Kriegszustandes und der unregelmäßigen innern Verhältnisse des Landes konnte diese erste vorläufige nationale Vertretung des Landes nicht aus allgemeinen oder ständischen Wahlen hervorgehen, sondern mußte durch die Okkupationsbehörden berufen werden. Diese Aufgabe war ebenso schwer wie verantwortungsvoll. Es galt, eine Körperschaft von politischer Einsicht und überzeugter Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu bilden, die sich nicht als eine Parallelevertretung, sondern als die Stimme des Landes fühlte. Das Verhalten des Staatsrats scheint diese Erwartung nicht zu täuschen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß seit seinem Zusammentritt die Stimmung im Lande vertrauensvoller und zuverlässiger geworden ist. Auch die Parteigruppierung hat an Klarheit gewonnen. Wenn auch die russenfreundliche Nationaldemokratie — in ideellem Zusammenhalt mit Teilen der äußersten Rechten — und andererseits der internationalen Sozialismus polnischer und jüdischer Art abseits stehen, kann man doch sagen, daß die beiden großen Gruppen der Aktivist und der Passivist, unter die sich die andern Parteien allenfalls wohl subsumieren lassen, in ihrem letzten Ziel, der Unabhängigkeit, auf dem Boden des 5. Novembers, jetzt einig sind — mit dem Unterschied, daß die Aktivist die Kräfte des polnischen Staats je eher, je lieber an der Seite des Vierbundes in den Kampf eintreten, die Passivisten dagegen die Kräfte wohl entwickeln, aber in abwartender Neutralität verharren lassen möchten. Für die Weiterführung der in Polen eingeleiteten Politik ist dieser Unterschied zunächst nur wenig von Belang. Es handelt sich vor allen Dingen darum, den Staat zu bilden, um ihn im Augenblick des Friedensschlusses auf festen Füßen zu haben. Gelingt dies nicht, so wird die polnische Frage bei den Friedensverhandlungen ein Streitgegenstand von unabsehbaren Folgen werden. Um dies zu vermeiden, bedarf es nun keineswegs eines gekrönten Königs und eines in allen Teilen fertigen und fest organisierten Staatswesens. Polen muß staatl. vollständig neu aufgebaut werden, und dazu braucht es Jahre. Zu seiner Anerkennung als selbständiger Staat genügt es aber, wenn es sich selbst als einen solchen erklärt und in dem großen Weltkonflikt unserer Tage entschlossen und aktiv Partei ergreift. Zu beidem befähigt es der Besitz eines Heeres, dessen Bildung daher seine erste und wichtigste Aufgabe ist. Den weitem Ausbau seiner staatl. Einrichtungen kann es um so mehr einem besondern geleiteten Entwicklungsgang überlassen, als es erst beim Friedensschluß seine endgültige politische und geographische Gestalt erhalten kann.

Dem temperamentvollen und politisch unreifen Volk wird dabei allerdings eine schwere Geduldsprobe auferlegt. Seine einsichtigen Politiker werden sich aber sagen, daß die außerordentlich schwierige Neuschöpfung nicht übereilt, sondern mit Bedacht vor sich gehen muß. Auf diesen Überlegungen müßte sich der Arbeitsplan des an die Seite der Okkupationsbehörden berufenen provisorischen Staatsrats gründen. Polen sieht nun zwar mit Recht in ihm seine erste und höchste nationale Körperschaft, möchte ihm

aber, am liebsten gleich von vornherein nicht nur die Befugnisse eines Parlaments, sondern zugleich auch diejenigen einer obersten regierenden Gewalt beilegen. Demgegenüber ist zu betonen, daß seine Tätigkeit in der Hauptsache vorbereitend und grundlegend für den künftigen Staat, und beratend für die augenblicklich die Regierungsgewalt ausübenden Okkupationsbehörden sein soll. Von dem tatkraftvollen und ersprießlichen Zusammenwirken dieser Faktoren wird der Gang der allmählich fortschreitenden Entwicklung abhängen. Daß auch in dem gegebenen Rahmen schon jetzt eine sehr wesentliche und durchaus willkommene Einwirkung des Staatsrats auf die Verwaltung und das staatl. Leben Polens ausgeübt werden kann und wird, offenbart sich in der ihm übertragenen Befugnis zur Stellung von Initiativvorschlägen und Anregungen in Landesangelegenheiten, zur Mitwirkung an der Bildung der polnischen Armee und zur Beschlußfassung über Behebung der Kriegsschäden und der wirtschaftlichen Belebung des Landes. Wie sich die Weiterentwicklung bis zu einem vorläufigen, den polnischen Staat tatsächlich konstituierenden Abschluß gestalten wird, ist bei der noch immer verworrenen innern Lage des Landes und vor den noch bevorstehenden kriegerischen Entscheidungen bis jetzt nicht zu übersehen.

Die immer noch notwendige Beschränkung in der Erörterung der Kriegsziele verbietet, hier auf die vielseitigen politischen Erwägungen und Entschlüsse einzugehen, die die Lösung der polnischen Frage bis zu ihrem gegenwärtigen Stande gefördert haben. Nur so viel kann gesagt werden, daß es in Deutschlands eigenstem Interesse liegt, an die Stelle des bisher tief in sein Gebiet eingeschobenen russischen Keiles einen befreundeten und eine kraftvolle Entwicklung versprechenden Staat zu stellen, der den Grenzschutz Deutschlands — und mittelbar auch Österreich-Ungarns — unter allen Umständen wesentlich nach Osten hinauschiebt. Die Frage, ob dieser Zweck und mit ihm die Regelung der polnischen Dinge besser auf andern Wege zu erreichen gewesen wäre, ist müßig. Die Polenpolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns ist — soweit das Königreich Polen in Betracht kommt — durch die Kundgebung vom 5. November unabänderlich festgelegt. Nur auf dieser Grundlage kann weitergebaut werden. Daß hiergegen sehr beachtenswerte Bedenken bestanden und auch noch erhoben werden, muß zugegeben werden, doch lassen sich die schwersten von ihnen, wenn nicht völlig widerlegen, so doch auf ein bescheidenes Maß zurückführen. Die Hauptbedenken richten sich auf die Entstehung einer polnischen Irredenta in Deutschland und Österreich und auf die daraus erwachsenden Schwierigkeiten ihrer innern Politik. Die diesen Bedenken zugrunde liegenden Beseitigungen sind allerdings vorhanden, werden aber von allen einsichtigen polnischen Politikern auch als solche erkannt. Die Abtrennung dieser Länder von ihren Staaten ist ebenso in das Reich der Utopien zu verweisen, wie die kühnen Wünsche nach der Ausdehnung des polnischen Reiches bis zum Baltischen Meer. Die gutwillige Herausgabe solcher Gebiete ist einfach undenkbar, — und wie sollte man durch eine andre als die russische Macht dazu gezwungen werden können? Glaubt man denn im Ernst, daß Polen etwaige großpolnische Wünsche auf Kosten eines neuen Russenjochs zu verwirklichen gedenkt? Was würde die Rufenhilfe andres bedeuten, als ein neues Russenjoch? Polen weiß, was es von den Versprechungen eines Nikolai Nikolajewitsch zu halten hat und wird deshalb für diese Erfüllung solcher Wünsche zu danken wissen! Ezzentrische Äußerungen einzelner Persönlichkeiten oder selbst Parteien ändern hieran nichts.

Allerdings sollte dieser Gedankengang allmählich auch in den deutsch- und österreichisch-polnischen Gebieten mehr Verständnis finden und zu einer andern Haltung ihrer Bewohner führen. Insbesondere ist es die höchste Zeit, daß die preussischen Polen ihre oft geradezu feindselig zu nennende Haltung gegen Staat, Reich und Deutschum fallen lassen und die Unabänderlichkeit ihrer staatl. und wirtschaftlichen Zugehörigkeit zu Deutschland endgültig anerkennen. Die völlige Aussichtslosigkeit anderer Hoffnungen oder Ansprüche muß ihnen ein für allemal klar werden. Staaten bilden sich nicht einzig und allein nach ethnographischen Gesichtspunkten. Geographische, strategische und wirtschaftliche Gründe verlangen dieselbe, ja oft geradezu eine entscheidende Berücksichtigung. Auch die noch so strenge Durchführung des Nationalitätsprinzips kann hieran nichts ändern. Sicherheit und wirtschaftliches Gedeihen können seine Durchbrechung gebieterisch fordern, geschichtlich gewordene Zustände nicht ohne weiteres einem Prinzip zu Liebe beseitigt werden. Das Deutschum in Österreich, der Schweiz, in Holland und Flandern sprechen hierfür eine beredete Sprache.

Daß andererseits innerhalb der Nationalstaaten gewisse Rücksichten auf die Besonderheiten der ihnen eingegliederten Teile anderer Völker, auf ihre nationalen und kulturellen Eigenschaften und Gewohnheiten genommen werden sollten, ist unter der Voraussetzung zuzugeben, daß sie sich staatl. rückhaltlos in den höhern Verband ihres politischen Vaterlands einfügen. Die Wenden der Gausz und die Wallonen der Rheinprovinz haben nie anders gedacht und gehandelt; ebenso die Polen Oberschlesiens, bis eine verwerfliche Agitation ihnen in phantastischen Illusionen das verführerische Bild eines polnisch-nationalen Daseins in einer politisch und historisch unmöglich zu verwirklichenden Form vorgaukelte. Darüber, wie weit und in welchen Grenzen die Polen auf die Wiedergeburt staatl. Lebens hoffen können, hat den Wahrspruch der eherne Mund der Geschicke gesprochen, die den Träger der verderblichen russisch-asiatischen Halbkultur aus ihrem Lande verjagt haben. Möge Polen die Günst der Stunde nützen und in weiser Beschränkung seiner politischen Ziele, im Anschluß an das Kulturleben des Westens, das reichliche Maß politischer Selbstständigkeit, nationalen und kulturellen Lebens erwerben und genießen, das ihm eine ungeahnt glückliche Schicksalswendung, die zu erleben nicht eben viele seiner Söhne noch ernstlich zu hoffen gewagt hatten, wie eine Himmelsgabe entgegenbringt.